

Auch mittelfristig eine Alternative? Eine vergleichende Analyse der Wählerschaft der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen

Blumenberg, Manuela S.; Blumenberg, Johannes N.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Blumenberg, M. S., & Blumenberg, J. N. (2017). Auch mittelfristig eine Alternative? Eine vergleichende Analyse der Wählerschaft der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 57, 8-11. <https://doi.org/10.15464/isi.57.2017.8-11>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Auch mittelfristig eine Alternative?

Eine vergleichende Analyse der Wählerschaft der AfD, der Republikaner und der Grünen während ihrer Etablierungsphasen

Während Gewinne und Verluste der etablierten Parteien bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2016 sehr gemischt ausfielen (siehe auch Blumenberg und Blumenberg, 2017), stach insbesondere eine vormals nicht in den Parlamenten vertretene Partei aufgrund ihrer großen Stimmenzugewinne hervor: die Alternative für Deutschland (AfD).

Die AfD schaffte es dabei nicht nur auf Anhieb mit überwältigendem Erfolg in die drei Landtage einzuziehen, sondern wurde in Sachsen mit 24,3 Prozent direkt zur zweitstärksten Partei nach der CDU gewählt. Doch auch die Wahlergebnisse in den westlichen Bundesländern, in denen die Partei ebenfalls zweistellige Ergebnisse (Rheinland-Pfalz 12,6 Prozent und Baden-Württemberg 15,1 Prozent) erreichte, brachten das Machtgefüge durcheinander.

Ganz überraschend waren die Erfolge bei Betrachtung der Ergebnisse der vorangegangenen Wahlen und vor allem der Entwicklung der sogenannten Sonntagsfrage zur Bundestagswahl (siehe Grafik 1) jedoch nicht, denn seit dem Bruch mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke und der Hinwendung zu einer stärker rechtspopulistisch-orientierten Partei, schaffte es die AfD stetig an Sympathien unter den Wählern zu gewinnen. Entsprechend replizierte die AfD ihre Erfolge auch bei den später im Jahr stattfindenden Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Des einen Freud ist bekanntlich des anderen Leid und so waren die Gewinne der AfD mit Verlusten bei den etablierten Parteien einhergehend. Diese begegneten der erstarkenden Partei mit einem Verweis auf Protestwahlverhalten. Und tatsächlich ist es nicht ungewöhnlich, dass neue Parteien auf Landesebene zeitweise gute Ergebnisse erzielen können und dies oftmals mit kurzfristigen Faktoren wie Protest zusammenhängt.

Ein gutes Beispiel hierfür sind die Piraten. Diese erreichten bei Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2011 8,9 Prozent der Stimmen, wodurch sie eine Fraktion bilden konnten. Auf Bundesebene – aber auch bei

anderen Landtagswahlen – konnten die Piraten dagegen keine dauerhafte Bedeutung erlangen und sind heute mehr Inventar des kollektiven Gedächtnisses als relevante Partei.¹

Neben den Piraten sind die Republikaner beispielhaft dafür anzuführen, dass Erfolge auf Landesebene nicht zwingend zu einem Erfolg auf Bundesebene führen müssen. Diese erreichten in den 1990er Jahren bei zwei aufeinanderfolgenden Landtagswahlen um die 10 Prozent der Stimmen, konnten auf Bundesebene jedoch nicht daran anknüpfen.

Trotz dieser Negativbeispiele können Wahlerfolge bei Nebenwahlen dennoch als Indiz für die Etablierung von Parteien gelten. Entscheidend ist dabei nicht der Erfolg an sich, sondern die Zusammensetzung des Elektorats.

Für das untersuchte Beispiel AfD bedeutet dies, dass die Erfolge bei Landtagswahlen als Wegweiser in Richtung einer mittelfristigen Etablierung dienen können, wenn die Wähler zu einem überwiegenden Teil nicht primär aus Protest für diese Partei votiert haben. Wichtige Indizien hierfür sind neben der Motivation für die Wahl, beziehungsweise dem Grad der politischen Entfremdung (Bergh, 2004), auch Gewöhnungseffekte gegenüber der Partei. So steigt mit jeder Wahl die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person erneut für diese stimmen wird.

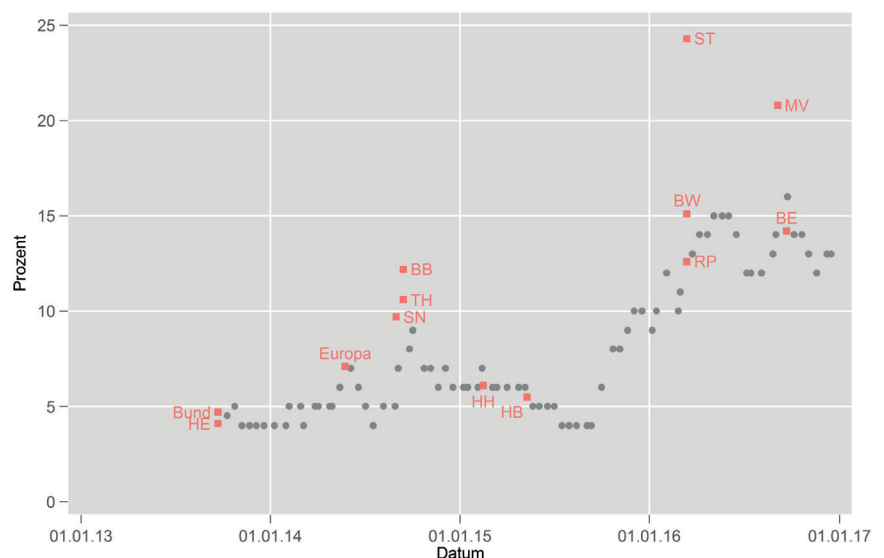
Herauszufinden, ob es der AfD gelingt wird auch mittelfristig Wähler an sich zu binden, ist Ziel dieses Beitrages.

Nach einer kurzen Diskussion der Bedeutung von Nebenwahlen, werden die (potentiellen) Wähler der AfD in drei verschiedenen Kategorien aufgegliedert: Überzeugte Anhänger, Potentielle Anhänger und Protestwähler. Ein Vergleich mit den Wählerschaften anderer Parteien zu ihren Entstehungszeiten kann schließlich aufzeigen, ob die AfD aus dieser Perspektive mittelfristig das Potential aufweist, weitere Wahlerfolge zu erzielen.

Wandel oder nur Protest bei Nebenwahlen?

Die eingangs bereits kurz skizzierte unterschiedliche Bedeutung von Nebenwahlen für die Entstehung neuer Parteien, lässt sich anhand zweier Thesen zusammenfassen. Hierbei steht die These „Nebenwahlen kündigen Wandel!“, welche sich durch vielfältige Publikationen von Hiltrud Naßmacher (siehe dazu insbesondere 2001, S. 3-18; 1997, S. 427-442; 1989, S. 169-190)

Grafik 1 Wahlergebnisse der AfD bei Bundes-, Landes- und Europawahlen (rot) und Sonntagsfragenanteile der AfD zur Bundestagswahl (grau)



Quelle: Amtliche Wahlergebnisse; Infratest dimap (2016a); eigene Darstellung.

belegen lässt, der These von Karlheinz Reif (1983, S. 195–209) „Nebenwahlen produzierten Protestwähler“ gegenüber.

Nach Naßmachers These sind Erfolge bei Landtagswahlen Grundvoraussetzung für die Etablierung von Parteien. Erst wenn sie auf kommunaler Ebene oder Landesebene Mandate gewinnen und sich dort in der alltäglichen Arbeit beweisen, können sie auch auf Bundesebene Wahlerfolge verzeichnen und an Koalitionen beteiligt werden. Demgegenüber argumentiert Reif, dass Wahlen auf den unteren Ebenen von den Wählern vor allem dazu genutzt werden, Protest zum Ausdruck zu bringen. Diese Wahlen, die auch als „second-order-elections“ bezeichnet werden, werden von den Wählern als weniger wichtig und bedeutsam wahrgenommen (Reif et al., 1980). Aus diesem Grund ist es für Wähler weniger „riskant“, ihrem Protest gegen das gesamte etablierte Parteiensystem Ausdruck zu verleihen, indem sie gegen ihre politische Überzeugung einer Randpartei ihre Stimme geben (Decker und Blumenthal 2002, S. 145).²

Für beide Thesen lassen sich Beispiele in der Entwicklung der deutschen Parteienlandschaft finden. So sind diese keine Gegensätze sondern vielmehr als unterschiedliche Facetten des Phänomens zu sehen. Während das Beispiel der Grünen für die erste These spricht, lassen sich die bereits genannten Erfolge der Republikaner der zweiten These zuordnen.

Kündigen die vielfältigen Erfolge der AfD bei verschiedenen Landtagswahlen und der Europawahl einen Wandel der Parteienlandschaft an oder zeigt sich bei den vorangegangenen Wahlen vor allem Protestwahlverhalten und die AfD wird sich ähnlich entwickeln wie schon vor ihr die Piraten oder Republikaner?

Für die Gründung einer neuen Partei oder den Aufstieg einer Kleinstpartei ist es notwendig, dass sie Wähler zur entsprechenden Stimmabgabe überzeugen kann. Dies kann zum einen geschehen, indem durch gesellschaftliche Veränderungen neue Konfliktlinien entstehen, die von der neuen Partei entsprechend besetzt werden (Kitschelt, 1997, S. 135f.). Eine neue Konfliktlinie ist aber keine zwingende Voraussetzung für den Erfolg einer neuen Partei. Wähler können ebenfalls gewonnen werden, indem Parteien politische Nischen besetzen und sich inhaltlich, personell oder im Hinblick auf den Politikstil maßgeblich von anderen (etablierten) Parteien unterscheiden (Naßmacher, 2001, S. 9).

Die Wahlerfolge der AfD in 2016 lassen sich zu einem Großteil auf die Flüchtlingsproblematik zurückführen (Gabriel et al.,

2016, S. 499). War zur Europawahl 2014 ein vorherrschendes Thema bei der AfD noch der Euro, wurde die Partei insbesondere nach der Spaltung 2015 zunehmend mit dem Thema der Zuwanderungspolitik in Verbindung gebracht. Passend für die AfD wurde das Thema „Flüchtlinge“ auch für die Bevölkerung zu einem immer wichtigeren Thema (Niedermayer et al., 2016, S. 269). Durch den Flüchtlingsstrom im Herbst 2015 und der Entscheidung von Bundeskanzlerin Merkel, die Flüchtlinge aus Ungarn nach Deutschland einreisen zu lassen, entstand in den Medien und der Bevölkerung eine langandauernde und in der Form zuvor nie dagewesene Relevanz des Themas „Flüchtlinge“. Nach Niedermayer und Hofrichter (2016, S. 269f.) spielten drei weitere Ereignisse zu Beginn des Jahres 2016 eine entscheidende Rolle, die der Partei weiteren Auftrieb verschaffte. Dies waren zum einen die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln durch Nordafrikaner, des Weiteren die durch die Flüchtlingsproblematik geprägten Landtagswahlkämpfe und -wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und zu guter Letzt die islamistischen Terroranschläge in Brüssel. Die Frage ist, ob die AfD weiterhin genügend Wähler mobilisieren kann, wenn das Thema an Salienz verliert.

Wählerschaft der AfD vielfach überzeugte Anhänger

Das Potenzial einer Partei ergibt sich aus der Wählerschaft. Dabei gilt es zu beachten, wer die Wähler einer Partei sind und ob es der Partei gelingt, diese längerfristig an sich zu binden. Insbesondere wenn man der These Reifs folgt, dass Nebenwahlen zu einem Großteil Protestwahlverhalten produzieren, ist es für neue Parteien überaus wichtig, gleichsam andere Wählerschichten anzusprechen.

Eine aktuelle Analyse der AfD-Wählerschaft stammt von Niedermayer und Hofrichter (2016, S. 272f.). Ihren Analysen folgend verfügt der durchschnittliche AfD-Wähler über einen mittleren Bildungsabschluss und ein leicht überdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen und ist männlich. Zudem beschreiben sie ihre eigene wirtschaftliche Situation als gut bzw. sehr gut.

Ihre Wähler rekrutierte die AfD bei den Landtagswahlen insbesondere aus den Reihen der CDU, der Linken und der FDP. Hinzu kam ein signifikanter Anteil Nicht- und Erstwähler. Als Gründe für die Wahlentscheidung gab der überwiegende Teil der Wähler Unzufriedenheit mit „Merkels Flüchtlingspolitik“ an (Niedermayer und Hofrichter, 2016, S. 275). Dies deckt sich

mit vorherigen Analysen kommerzieller Unternehmen, wie beispielsweise anlässlich der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016, bei denen rund 65% AfD-Wähler Unzufriedenheit als wichtigsten Wahlgrund angaben (Infratest Dimap, 2016).

Diese Analyse vermittelt zwar einen ersten Eindruck über die Wähler der AfD, kann aber nicht abschließend erklären, ob es sich bei den Wählern um Protestwähler handelt oder sich vielmehr ein Wandel im Parteiensystem ankündigt. Wenn das verbindende Glied der AfD-Wähler primär die Unzufriedenheit mit etablierten Parteien (insbesondere im Umgang mit der Flüchtlingspolitik) ist, wird die AfD es schwer haben, sich dauerhaft zu etablieren. Wenn sich dagegen innerhalb der Wählerschaft der AfD eine inhaltlich homogene (auch unabhängig von der Flüchtlingsdebatte) Gruppe von Wählern bildet, die sich zudem auch substantiell von den Wählern bzw. Anhängern anderer Parteien unterscheidet, kann die AfD auf dauerhafte Erfolge, auch auf Bundesebene, hoffen (Schwarzbözl et al., 2016, S. 293).

Nach Analysen von Schwarzbözl und Fatke (2016, S. 292) weist die AfD-Wählerschaft zumindest in Teilen ein strukturelles Potenzial auf, was einen längerfristigen Erfolg nicht unwahrscheinlich macht. Allerdings nutzen Schwarzbözl und Fatke Daten, die zur Bundestagswahl 2013 erhoben wurden, zu einer Zeit also, als die Flüchtlingsproblematik noch deutlich weniger stark ausgeprägt war und die AfD generell einen, durch ihren damaligen Vorsitzenden Bernd Lucke, anderen Politikstil verfolgte. In wie weit diese Ergebnisse noch gelten ist deshalb fraglich und bedarf einer erneuten Analyse.

Einer Analyse von Kulick und Onken (2010) folgend, werden im Folgenden die Wähler dreier Parteien in drei verschiedene Gruppen aufgeteilt: überzeugte Anhänger, potenzielle Anhänger und Protestwähler. Als überzeugte Anhänger gelten dabei alle die Personen, die angeben, über eine Parteiidentifikation zu der jeweiligen Partei zu verfügen (die Parteiidentifikation ist eine langfristige kognitive und affektive Bindung an eine Partei) und bei der letzten Wahl und allen zukünftig abgefragten Wahlen die entsprechende Partei wählen zu wollen. Potenzielle Anhänger weisen zu keiner Partei eine Parteiidentifikation auf, wollen aber bei zukünftigen Wahlen die entsprechende Partei wählen. Und schließlich die Protestwähler, die zwar die entsprechende Partei wählen wollen, aber angeben, sich mit einer anderen Partei zu identifizieren und auch in der Vergangenheit immer für eine andere Partei gestimmt haben.

Um den Anteil der Protestwähler wie auch der potenziellen und überzeugten Anhänger einschätzen zu können, wird die Kategorisierung neben der AfD für zwei weitere Parteien zu Beginn ihrer Etablierungsphasen vorgenommen.³ Zum einen wurden dazu die Grünen gewählt, die sich Ende der 1970er / Anfang der 1980er Jahre über die Umweltpolitik etablierten und mittlerweile fest zu Parteiestablishment gehören (Probst, 2007, S. 175). Als Datengrundlage dient dazu die Kieler Wahlstudie von 1983. Dieses Beispiel würde der These Naßmachers folgen, wonach eine Partei erst auf Landesebene Erfolge verbucht, um sich anschließend auf Bundesebene zu etablieren. Als Gegenbeispiel werden die eingangs bereits erwähnten Republikaner herangezogen. Diese hatten in den 1990er Jahren eine Hochphase insbesondere in Baden-Württemberg, wo sie bei zwei aufeinanderfolgenden Landtagswahlen Wahlergebnisse deutlich über der 5-Prozent-Hürde erreichten und damit in den Landtag einziehen konnte. Ihre Wähler mobilisierten sie dabei hauptsächlich über Kritik an der damaligen Asylpolitik (Glaebner, 2006, S. 468f). Um die Zuordnung der Wählerschaft vornehmen zu können, werden Daten, die zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 erhoben wurden, ausgewertet. Somit steht der Kategorisierung der AfD eine Kategorisierung der mittlerweile etablierten Partei der Grünen aus ihrer Anfangszeit sowie der Republikaner gegenüber.

Bei der Wählertypologisierung ist zu beachten, dass eine idealtypische Zuordnung kaum möglich ist (Strohmeier, 2002, S. 70ff.) und dementsprechend nur eine grobe Zuordnung mit teilweise vorkommenden Überschneidungen der einzelnen Gruppen vorgenommen werden kann. Trotz allem kann eine Typologisierung zur Einschätzung der Wählerschaft sinnvoll sein, was sich auch anhand der Ergebnisse zeigt.

Entsprechend den hier gewählten Zuordnungskriterien lassen sich 64,0 Prozent der Wähler der AfD den überzeugten Anhängern zuordnen. Damit gleicht der Anteil dem Anteil der Grünen zu deren Anfangszeit. Auffällig ist zudem der relativ hohe Anteil potentieller Anhänger, die ebenfalls eher für eine Etablierung der Partei sprechen.

Dieser Gruppe lassen sich 11,9 Prozent der Wähler zuordnen, was deutlich mehr ist als bei den Grünen (wo sich die Wählerschaft sehr klar zwischen überzeugten Anhänger und Protestwähler trennen lässt), aber deutlich weniger als bei den Republikanern in den 1990er Jahren. Zwar treffen die Personen dieser Gruppe die Aussage, zukünftig wieder die Partei wählen zu wollen, da sie aber über keine Parteiidentifikation verfü-

Tabelle 1 Typologisierung der Anhängerschaft der Grünen, Republikaner und AfD (%)

	Grüne (1983)	Republikaner (1992)	AfD (2016)
Überzeugte Anhänger	59,3	17,7	64,0
Potenzielle Anhänger	1,2	25,8	11,9
Protestwähler	39,5	56,5	24,1
	n = 86	n = 62	n = 328

Quelle: Kieler Wahlstudie 1983 (ZA1399), Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 (ZA2301), Projekt „Auch in Zukunft eine Alternative“ (ZA5764), eigene Berechnung.

gen und auch im Vorfeld noch nicht die jeweilige Partei gewählt haben, ist davon auszugehen, dass zumindest nicht alle dieser Gruppe zukünftig die jeweilige Partei wählen werden.

Nur ein Viertel der AfD-Wähler ist nach der Kategorisierung den Protestwählern zuzuordnen. Dieser Anteil ist – insbesondere auch im Vergleich zu den Grünen und Republikanern – sehr gering.

Auch wenn die Zahlen bestechend sein mögen, sollten diese nicht überinterpretiert werden. Dies gilt insbesondere für die im Rahmen der aktuellsten Umfrage „Auch in Zukunft eine Alternative“ gewonnenen Daten, da es sich bei dieser um eine Pilotstudie handelt, welche mit Hilfe des Respondi-Online-Panels durchgeführt wurde. Das bedeutet, dass nur Personen befragt werden konnten, die Mitglied in dem Online-Panel sind. Es handelt sich also nicht um eine Zufallsstichprobe der deutschen Wahlbevölkerung. Des Weiteren wurden bei den herangezogenen Daten verschiedene Befragungsmodi genutzt, naturbedingt liegen die Befragungszeitpunkte weit auseinander und die Fallzahlen in den beiden Vergleichsstichproben zu den Grünen und Republikanern sind relativ gering.

Nichtsdestotrotz erlauben die Analysen und Ergebnisse aber eine Tendenz abzulesen und zeigen klar, dass es sich bei den AfD Wählern nicht ausschließlich um Protestwähler handelt. Dies wiederum ist ein entscheidender Hinweis auf die mittelfristige Entwicklung des deutschen Parteiensystems. So ist nach den Erkenntnissen dieser Analysen nicht davon auszugehen, dass die AfD alsbald wieder verschwindet oder die Partei bei den nächsten Wahlen an der 5-Prozent-Hürde scheitern wird.

Fazit

Insgesamt lässt sich – insbesondere im Vergleich zu der Entwicklung der Grünen und den Republikanern – aus den Ergebnissen der Kategorisierung der AfD-Wähler in der

Tendenz ableiten, dass es 2016 einen hohen Anteil an überzeugten Anhängern gab. Die Partei weist damit zum gegebenen Zeitpunkt eher Ähnlichkeiten zu den Grünen als zu den Republikanern auf. Die Partei verfügt also über eine Wählerschaft, die prinzipiell bereit ist sie auch mittelfristig zu wählen.

Ob sie dies auch werden, dürfte maßgeblich vom zukünftigen Handeln der AfD und ihrem Mitwirken in der Opposition (siehe die These Naßmachers) abhängen. Schließlich wird auch das Thema Flüchtlinge nicht ewig die Medien beherrschen. Welche Themenlage dann die Agenda der AfD bestimmt und wie dies bei ihren Wählern ankommt, ist nicht vorherzusehen. Neben der eigenen Positionierung wird auch das Verhalten der anderen Parteien den weiteren Erfolg der AfD beeinflussen. Der rechte Rand des deutschen Parteiensystems wird derzeit nur partiell von der CSU belegt. Es wäre dort durchaus Platz für eine entsprechende Partei – wie es in vielen anderen europäischen Ländern auch üblich ist. Eines ist schließlich gewiss: Die AfD als reine Protestpartei zu kategorisieren unterschätzt ihren Wert für ihre Wähler.

Literatur

- Bergh, J. (2004). Protest Voting in Austria, Denmark, and Norway. *Scandinavian Political Studies*, Heft 4, 367-389.
- Blumenberg, J. N. & Blumenberg, M. S. (2017). The Kretschmann Effect: Personalisation and the March 2016 Laender Elections. *German Politics*. [Accepted]
- Decker, F. & von Blumenthal, J. (2002). Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1, 144-165.
- Gabriel, O. W. & Kornelius, B. (2016). Die baden-württembergische Landtagswahl vom 13. März 2016: Es grünt so grün. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 3, 497-518.
- Glaebner, G.-J. (2006). *Politik in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Infratest Dimap. (2016a). Sonntagsfrage (bundesweit). Verfügbar unter: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>.
- Infratest Dimap. (2016b). Sachsen-Anhalt 2016. Umfragen wahlentscheidende Themen. Verfügbar unter: <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/umfrage-wahlentscheidend.shtml>.
- Kitschelt, H. (1997). European Party Systems: Continuity and Change. In M. Rhodes, P. Heywood, & V. Wright (Hrsg.), *European Party Systems: Continuity and Change* (S. 131-170). London: Routledge.
- Kselman, D. & Niou, E. (2011). Protest voting in plurality elections: a theory of voter signaling. *Public Choice*, 395-418.
- Kulick, M. & Onken, H. (2008). Die Wähler der Linkspartei in ihren Hochburgen: eine empirische Analyse zur niedersächsischen Landtagswahl 2008 in Oldenburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2, 299-312.
- Naßmacher, H. (2001). Die Bedeutung der Kommunen und der Kommunalpolitik für den Aufstieg neuer Parteien. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1, 3-18.
- Naßmacher, H. (1997). Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik. In O. Gabriel, O. Niedermayer, & R. Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland* (S. 427-442), Wiesbaden: Springer.
- Naßmacher, H. (1989). Auf- und Abstieg von Parteien. *Zeitschrift für Politik*, 36/2, 169-190.
- Niedermayer, O. & Hofrichter, J. (2016). Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie? *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2, 267-284.
- Probst, L. (2007). Bündnis90/Die Grünen. In F. Decker & V. Neu, *Handbuch der deutschen Parteien* (S. 173-188). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Reif, K. (1983). Die „Nebenwahlen“. Einbußen der französischen Linken seit ihren Siegen von 1981. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 2, 195-209.
- Reif, K. & Schmitt, H. (1980). Nine Second Order National Elections: A Conceptual Framework of Analysis of European Election Results. *European Journal of Political Research*, 8/1, 3-44.
- Schwarzbözl, T. & Fatke, M. (2016). Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. *Politische Vierteljahresschrift*, Heft 2, 276-299.
- Strohmeier, G. (2002). *Moderne Wahlkämpfe – wie sie geplant, geführt und gewonnen werden*. Baden-Baden: Nomos.
- Völkl, K. et al. (2008). Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: theoretischer Rahmen und Analysemodelle. In K. Völkl, K.-U. Schnapp, E. Holtmann, & O. W. Gabriel, *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 9-36). Baden-Baden: Nomos.
- Wahlrecht.de. Amtliche Wahlergebnisse der Europa-, Bundes- und Landtagswahlen. Verfügbar unter: <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/>.
- 1 *Hierfür spricht auch, dass sie bei der Bundestagswahl 2013 mit 2,2 deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten und auch bei den folgenden Landtagswahlen keine bedeutsamen Wahlerfolge mehr erzielen konnten.*
- 2 *Einen Überblick über rationale Motivationen zum Protestwahlverhalten geben Kselman, Niou 2011.*
- 3 *Für die Kategorisierung der Grünen Wähler wird dabei auf Daten zurückgegriffen, die zur Bundestagswahl 1983 erhoben wurden ZA1399. Die Wähler der Republikaner werden anhand von Daten zur Landtagswahl 1992 in Baden-Württemberg kategorisiert ZA2301. Für die Wähler der AfD liegen Daten aus dem Projekt „Auch in Zukunft eine Alternative“ ZA5764 vor, wo – wenn auch nicht in direkter zeitlicher Nähe zu einer Wahl – die Wahlabsicht abgefragt wurde. Während es sich bei den beiden erstgenannten Umfragen um eine Face-to-Face bzw. telefonische Befragung mit einer repräsentativen Stichprobe handelte, wurde die Studie „Auch in Zukunft eine Alternative“ online mit Hilfe des Respondi-Panels erhoben. Da das Panel nicht auf einer Zufallsstichprobe basiert, können nur bedingt Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit gezogen werden.*

Manuela S. Blumenberg und
Johannes N. Blumenberg
GESIS Mannheim
Tel.: 0621 / 12 46 -431 und -250
Manuela.Blumenberg@gesis.org
Johannes.Blumenberg@gesis.org